

Deutschland im Fadenkreuz Trumps

Trump betrachtet Deutschland als Feind – diese Schlussfolgerung zog ein deutscher Diplomat nach einem Arbeitstreffen mit dem Präsidenten während des Besuches von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Washington im April. Jüngste Ereignisse haben diese Einschätzung nur weiter bestätigt. Das jüngste Zerwürfnis auf dem Nato-Gipfel und zahlreiche Tweets des Präsidenten und seines Botschafters in Berlin sind von einem nie dagewesenen Ausmaß von Angriffen gegen die EU, gegen Deutschland und gegen Kanzlerin Merkel geprägt.

Warum untergräbt dieser Präsident weiter alle Grundsätze amerikanischer Außenpolitik gegenüber der Europäischen Union und insbesondere Deutschland? Trump glaubt seit langem, dass Europa und vor allem Deutschland die Nutznießer des atlantischen Bündnisses sind, während Amerika allein für dessen Kosten aufkommt. Er betrachtet die Welt mit der gleichen Nullsummen-Denkweise wie der russische Präsident Wladimir Putin: Gewinne für eine Nation bedeuten unweigerlich Verluste für einen anderen Staat, und internationale Bündnisse schwächen die nationale Souveränität von Großmächten. Trump sieht Deutschland und Merkel als führende Beispiele solcher Trittbrettfahrer, die Amerika ausnutzen und gleichzeitig die nationale Identität und den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Land untergraben. Außerdem stehen er und ein Großteil der amerikanischen Rechten

Putin ideologisch näher als Merkel, Macron oder führenden EU-Politikern. Die engen Verbindungen zwischen Trump und seinem ehemaligen Berater Stephen Bannon zu Rechtspopulisten in Europa, einschließlich der AfD, verdeutlichen, dass dies ein ideologischer Krieg gegen Deutschland ist.

Allerdings trägt die deutsche Politik eine Mitverantwortung dafür. Deutsche Regierungen haben bei den Verteidigungsausgaben dauerhaft gespart, ein Trend, der bis in die neunziger Jahre zurückreicht. Deshalb befindet sich die Bundeswehr heute in einem erbärmlichen Zustand und leidet unter großen Ausrüstungsengpässen und Wartungsmängeln. Angesichts steigender deutscher Leistungsbilanzen sowie zunehmender Handels- und Haushaltsüberschüsse fordert Trump (wie auch Obama vor ihm) verständlicherweise, dass Deutschland seine Verteidigungsfähigkeit ernsthaft stärken müsse.

Allerdings möchte er im Gegensatz zu seinen Vorgängern die transatlantischen Beziehungen nicht reformieren oder erneuern. Vielmehr versucht er die Vereinigten Staaten von den Lasten ihrer Bündnisse zu befreien und stattdessen ein Netzwerk aus bilateralen Beziehungen mit Russland, China und anderen großen souveränen Nationen zu pflegen. Trump verhält sich unaufrichtig, wenn er einerseits von Europa Solidarität und höhere Verteidigungsausgaben einfordert, aber andererseits einen Handelskrieg mit den Verbündeten an-

zettelt, der die Allianz zu spalten droht. Tatsächlich hat Merkel bei den europäischen Sanktionen gegen Russland die Hauptrolle gespielt. Trumps Anschuldigungen, dass Deutschland von Russland abhängig sei, entbehren deshalb jeder Grundlage. Vielmehr scheint es ihm eher um den Verkauf von amerikanischem Erdgas an Deutschland zu gehen als um eine Bekämpfung des russischen Drucks auf Europa.

Die Ansichten des Präsidenten sind schlimm genug, aber der Mangel an jeglicher ernsthafter Gegenwehr durch die Republikaner ist erstaunlich und spiegelt die Polarisierung in der amerikanischen Innenpolitik. Eine in dieser Woche veröffentlichte Umfrage der „Washington Post“ fragte, wie sich Amerikas globale Führungsstärke unter Präsident Trump entwickelt hat: während 74 Prozent der Republikaner glauben, dass diese gewachsen sei, sind 80 Prozent der Demokraten der gegenteiligen Meinung. Laut der gleichen Umfrage unterstützten 66 Prozent der Republikaner Trumps Auftreten während des Gipfeltreffens mit Wladimir Putin, während 83 Prozent der Demokraten sein Verhalten in Helsinki ablehnten.

Die Republikaner haben sich stets entschlossen für die Nato und den Prozess der europäischen Einigung ausgesprochen, schließlich unterstützte bereits der republikanische Senator Vandenberg die demokratische Truman-Administration dabei, den Marshall-Plan nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs

zu verabschieden. Die fehlende republikanische Kritik an dem europafeindlichen Kurs Trumps wird jedoch schwere Folgen haben. Denn vor allem republikanisch regierte Bundesstaaten wie Tennessee, Alabama und South Carolina, in denen deutsche Unternehmen wie Volkswagen, Mercedes-Benz und BMW mehr als 600 000 Amerikaner beschäftigen, würden nach den drohenden Zöllen gegen deutsche Fahrzeughersteller hart getroffen werden.

Für Deutschland bedeutet dies, dass Berlin die Grundannahmen seiner Beziehungen zu den Vereinigten Staaten schmerzhaft neu bewerten muss. Auch wenn eine gute Chance besteht, dass die Demokraten die Kontrolle im Repräsentantenhaus bei den Wahlen im Herbst zurückerlangen, werden der Senat und das Weiße Haus in republikanischen Händen bleiben. Damit muss Berlin mindestens zwei weitere Jahre lang mit starkem Gegenwind in den transatlantischen Beziehungen rechnen – auch weil überzeugte republikanische Atlantiker wie John McCain, Bob Corker und Jeff Flake aus dem Senat ausscheiden werden. Eine parteiübergreifende Außenpolitik, vor allem in zentralen Fragen der deutsch-amerikanischen Beziehungen, ist damit ausgeschlossen. Trump riskiert mit seinen Angriffen gegen Deutschland eine Isolation Amerikas, das aber gerade angesichts der Herausforderungen durch China mehr denn je auf enge Verbündete angewiesen ist.

Der Autor ist Senior Fellow am American Institute for Contemporary German Studies.